



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 21

15. November 2003

ISSN 1437-6148

Bolivien – Ende eines Modells?

**Der Sturz der Regierung Sánchez de Lozada mehrt Zweifel
an der Stabilität und am künftigen Entwicklungsweg des Landes**

Wolfram Klein

Die Unruhen, die zum Sturz der bolivianischen Regierung führten, offenbaren die Brüchigkeit eines Entwicklungsmodells, das über eine Dekade lang als vorbildlich galt. Dies wirft nicht nur Fragen bezüglich der künftigen Regierbarkeit und Entwicklung Boliviens auf, sondern zwingt auch die internationalen Geber zu einer Überprüfung ihres Engagements. In einer sozial und politisch zunehmend polarisierten Gesellschaft scheint das Dilemma zwischen der dringend erforderlichen kurzfristigen Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse und der Entwicklung neuer Bewältigungsstrategien für die grundlegenden, langfristig wirksamen Probleme jedoch nur schwer lösbar.

1. Antidemokratischer Putsch oder verfassungskonformer Wachwechsel?

„Dies ist ein unglückseliger Präzedenzfall für die Demokratie in Bolivien und auf dem ganzen Kontinent“ – mit dieser dunklen Prophezeiung schied der 73-jährige Gonzalo Sánchez de Lozada, den am 17. Oktober ein Hubschrauber aus La Paz ausgeflogen hatte, grollend aus dem Amt. Auf der Straße jedoch feierte man.

Dem Rücktritt waren 41 Tage kontinuierlich anschwellender Proteste vorausgegangen. Über 80 Menschen starben, meist durch Kugeln des mit Härte und/oder großer Fahrlässigkeit agierenden Militärs. Viele sahen den Anlass der Unruhen in den

Protesten gegen die Pläne der Regierung, das bolivianische Erdgas über einen chilenischen Hafen zu exportieren. Diese revan-chistische Forderung – Chile beraubte Bolivien im Salpeterkrieg 1879 seiner gesamten Pazifikküste – war in Wirklichkeit jedoch kaum mehr als ein populistischer Aufhänger, bzw. der kleinste gemeinsame Nenner heterogener Gruppen, deren Forderungen von Lohnerhöhungen, Landtitulierung, Subventionierung der Kleinbauern und der siechen Minengebiete bis hin zur Rückgängigmachung der Privatisierungspolitik oder generell der Integration in den Weltmarkt reichten. Den Protestierenden kam auch die geographische Verwundbarkeit des hochge-

legenen La Paz zugute, das nur über drei leicht zu blockierende Zugangsstraßen verfügt.

Sichtbarste politische Führer und Hauptgewinner der Proteste waren Evo Morales, Felipe Quispe, und Roberto de la Cruz. „Evo“, ehemaliger Minenarbeiter und Kokabauer, heute Abgeordneter und Führer des MAS (*Movimiento al Socialismo*), war bei den Wahlen 2002 mit über 20% der Stimmen knapp hinter Sánchez de Lozada Zweiter gewesen. Er hat breiten Anhang in den Kokaanbaugebieten und auf dem Hochland (vor allem Minengebiete, Siedlungsgebiete der Quechuas, aber auch in El Alto). Quispe, alias „El Mallku“, ehemaliger Terrorist, jetzt Abgeordneter und Führer des MIP (*Movimiento Indígena Pachacuti*), errang in den letzten Wahlen 6% der Stimmen. Seine Basis ist vor allem das (von Aymaras besiedelte) Hochland zwischen La Paz und dem Titicaca-See. De la Cruz war ursprünglich ein Anhänger Felipe Quispes, ist jedoch in die Nähe von Evo Morales gerückt und hat seine Anhänger in El Alto bereits im September wirksam mobilisiert.

Aus Sicht der Regierung – Sánchez de Lozada hält diese Interpretation auch aus seinem US-amerikanischen Exil heraus noch aufrecht – fand ein gezielter Angriff auf die Demokratie statt. „Ausländischen Kräften“ misst der Ex-Präsident Mitschuld an den Ereignissen bei – Evo Morales traf sich im September mit Gaddhafi und nahm dieser Tage Gespräche in Kuba wahr; gemeint sein könnten aber auch das Venezuela Hugo Chávez‘, dessen „verfassunggebende Versammlung“ bzw. Militär-Demokratie für MAS und MIP zum Teil Vorbildcharakter haben, oder die kolumbianische Kokainmafia. Diese Behauptungen sind jedoch zum einen kaum verifizierbar, zum anderen sind sie verzerrend, denn:

1. Mit Sánchez de Lozada ist die Demokratie nicht gefallen. Es kam – zumindest formell – zu einer geordneten, verfassungsmäßigen Amtsübernahme durch Vizepräsident Carlos Mesa, der sich unmittelbar zuvor (am 13. Oktober) von der Regierung Sánchez de Lozadas losgesagt hatte ohne auf sein Amt als Vi-

zepräsident zu verzichten, und der daher auch für die Opposition akzeptabel geworden war;

2. Es wird in keiner Weise reflektiert, wie sehr die eigene missglückte Amtsführung zur Zuspitzung beigetragen hat. Die Regierung war seit Amtsantritt im August 2002 vor allem durch Postengeschacher und politische Quotierung aufgefallen. Vizepräsident Mesa, mit der im Wahlkampf ausgerufenen Korruptionsbekämpfung beauftragt, war immer wieder und immer mehr ins politische Abseits geraten. Bereits im Februar 2003 wäre es im Gefolge von Protesten gegen eine überhastet eingeführte Einkommenssteuer vor allem von Seiten der nationalen Polizei, der sich viele anschlossen, fast zum Fall der Regierung gekommen (siehe Brennpunkt Lateinamerika Extra vom 18.02.2003). Die Performance der Regierung verbesserte sich auch danach kaum. Immerhin wurden die Kontakte zum Militär vertieft – womit auch die Abhängigkeit von dessen Loyalität erheblich wuchs – und die Umstürzler aus den Reihen der Polizei wurden vorübergehend isoliert. Nach monatelangen Verhandlungen wurde im August auch eine dritte Partei, die populistische NFR (*Nueva Fuerza Republicana*) des Ex-Hauptmanns Manfred Reyes Villa in die Regierungskoalition eingebunden. Damit war im Parlament fast eine Zweidrittelmehrheit sichergestellt, die Voraussetzung für die Besetzung vieler vakanter politischer Ämter ist. Zugleich wurde der dem Präsidenten nahestehende Hardliner Carlos Sánchez Berzaín, der im Gefolge der Februarunruhen zurückgedrängt worden war, zum Verteidigungsminister benannt. Solchermaßen gestärkt, war eine „harte Linie“ abzusehen. Es kann, ja muss der Regierung aber angelastet werden, dass sie diese Linie über zu lange Zeit hinweg aufrechterhalten hat. Bemerkenswert weltfremd ist, dass der Verteidigungsminister am Vorabend des Regierungsrücktritts meldete, der Höhepunkt der Konflikte sei überschritten.

3. Es wird übersehen, dass die Proteste nicht das Werk einiger weniger oppositioneller Partei- oder Gewerkschaftssoldaten waren, sondern dass sie eine Massenbasis hatten, bestehend vor allem aus den Bewohnern des verarmten andinen Hochlandes – vor allem die Bewohner von El Alto, dessen Einwohnerzahl (700.000) mittlerweile an die des angrenzenden La Paz heranreicht, aber auch Kleinbauern und Minenarbeiter. In den letzten Tagen des Protestes gesellten sich jedoch auch viele Angehörige der städtischen Mittelschichten in La Paz hinzu – sei es, weil sie sich gegen die überbordende Gewalt wandten, sei es, weil sie selbst unzufrieden waren, sei es, weil sie durch Solidarisierung drohende Überfälle der armen Stadtteile auf ihre bessergestellten Stadtteile vermeiden wollten.

Mit Gonzalo Sánchez de Lozada trat derjenige Präsident zurück, der in seiner ersten Amtszeit von 1993-1997 – und zuvor (1985) schon als Minister bei der Bekämpfung der Hyperinflation – eine als erfolgreich anerkannte, ideenreiche Reformpolitik eingeleitet hatte, die Bolivien zum Liebling der Gebergemeinschaft und zum Pilotland vieler entwicklungspolitischer Instrumente hatte werden lassen. Eckpfeiler waren das Erreichen makroökonomischer Stabilität, Privatisierung der Staatsfirmen (deren Verkauf jedoch dem Volke zugute kommen sollte), Rentenreform, Reformen im Finanz-, Erziehungs- und Gesundheitssektor und eine tiefgreifende Munizipalisierung gewesen. Die zweite Amtszeit Sánchez de Lozadas dauerte nur wenig mehr als ein Jahr. Sie wird als eine Zeit in Erinnerung bleiben, die von politischer Lähmung, Postengeschacher und vom Starrsinn eines gealterten Präsidenten geprägt war. Und doch wäre es falsch, ihn für sämtliche Verfehlungen verantwortlich zu machen. Die Krise geht weiter, weil sie eine Reihe zum Teil weit zurückreichende Ursachen hat:

2. Ursachen der politischen Krise – und Last für die neue Regierung

⇒ *Wirtschaftskrise und wachsende Einkommensarmut*

Charakteristisch für die letzten zwei Dekaden war, dass zwar etliche soziale Indikatoren wie Lebenserwartung, Säuglingssterblichkeit, Zugang zu Wasser oder Schule verbessert werden konnten, dass zugleich jedoch das Pro-Kopf-Einkommen stagnierte. Diese Tendenz spitzte sich in den vergangenen fünf Jahren zu. Lag das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum von 1990-1997 bei 4,4%, so liegt es (bei 2,2% Bevölkerungswachstum) seit 1998 nur mehr bei 1,4%. Während sich Staat und internationale Geber weiterhin um den Zugang zu sozialen Grunddiensten bemühten, sanken gleichzeitig die verfügbaren Familieneinkommen. Hier liegt fraglos eine Ursache für die Unzufriedenheit. Die Bolivianer wollen heute keine vagen Wechsel auf die Zukunft mehr, sondern eine rasche Verbesserung ihrer materiellen Lebensverhältnisse. Diese wiederum scheinen ohne Änderung der zugrundeliegenden strukturellen (sprich langfristig wirksamen) Probleme kaum erreichbar. Bolivien war zwar auch erheblichen externen Belastungen und Schocks ausgesetzt (Wirtschaftskrise in der Region, weiter sinkende *Terms of Trade* für wichtige Exportprodukte, klimabedingte Ernteaufschläge, Reduzierung des Kokaanbaus), Politik und Regierung waren jedoch die wichtigen internen Faktoren zu zaghaft angegangen, wie etwa die ungenügende Rechtssicherheit, hohe interne Verschuldung von Banken und (größtenteils veralteten und zu kleinen) Unternehmen, niedrige private Investitionen, Ineffizienz der öffentlichen Investitionen, extrem niedrige Steuermoral, etc.

⇒ *ethnische Heterogenität und Ausgrenzung*

Die bolivianische Gesellschaft ist ethnisch und sozial sehr heterogen (30 Ethnien, die drei größten sind Quechuas, Aymaras und Guaranís). Der Anteil der Indigenen in der Bevölkerung ist mit rund 65% einer der

höchsten in Amerika. Traditionell teilt eine kleine Führungselite aus Weißen und Mestizen die Macht unter sich auf. Die Ausgrenzung der armen Bevölkerung führt dazu, dass sozialpolitische Maßnahmen ihre Zielgruppe oft nicht erreichen. Die Partizipationsmöglichkeiten haben in den letzten Jahren jedoch kontinuierlich zugenommen. Die Dezentralisierung erweiterte die Beteiligung der Zivilgesellschaft an lokalen Planungs- und Umsetzungsprozessen. Auf der nationalstaatlichen Ebene wurden bereits zwei „nationale Dialoge“ zu grundlegenden Entwicklungsfragen abgehalten, ein dritter war für dieses Jahr geplant. Positive Folge der wachsenden Einbeziehung der Bürger ist unter anderem die höhere Zahl indigener Parlamentarier seit den letzten Wahlen (Juni 2002). Rund 30% der Volksvertreter (hauptsächlich aus MAS und MIP, aber auch aus anderen Parteien) sind seitdem indigen, dreimal mehr als 1997. Sie sind jedoch fast alle politisch völlig unerfahren und waren nicht in der Lage und zum Teil auch gar nicht dazu bereit, ihr politisches Gewicht im parlamentarischen Raum wirksam einzusetzen.

⇒ *syndikalistisch-korporatistischer Politikstil*

Der Regierungssturz fand „außerparlamentarisch“ statt. Zunächst traten schlagkräftige, vergleichsweise kleine, korporatistische Gruppen wie Kokabauern, Lehrer-, Minenarbeitergewerkschaft oder die Kleinbauern des Altiplano in Aktion. Ihre Verhandlungskultur ist von Maximalforderungen, Versorgungsmentalität und zum Teil auch Gewaltbereitschaft geprägt. Die Regierung hatte ebenso wie die ihr vorangegangene Administration viel Zeit damit verbracht, diese Gruppen zu befrieden – meist durch vage Versprechungen und Aufschiebung, bisweilen aber auch durch Erfüllung teils unsinniger Forderungen. So wurde etwa ein millionenschweres, entwicklungspolitisch äußerst fragwürdiges Traktorenprogramm für die Kleinbauern des Altiplano finanziert.

Insgesamt wurde ein fataler Lernprozess in Gang gesetzt, dem zufolge (nur) die lau-

testen und rücksichtslosesten Gruppen bedient wurden. Das Zusammenfließen der verschiedenen Einzelproteste im September unter dem Leitmotiv „Kein Gas für Chile!“ bedingte den Sturz einer Regierung, die sich in den letzten Wochen mehr denn je isoliert hatte, entscheidend mit.

⇒ *weitverbreitete Zweifel am Entwicklungsmodell*

Es sind nicht oppositionelle Eliten, sondern auch weite Kreise der Bevölkerung, die am bisherigen Entwicklungs- und Demokratiemodell zweifeln. Die Glaubwürdigkeit des Kongresses und der politischen Parteien jedenfalls ist in Bolivien im regionalen Vergleich besonders niedrig, Tendenz fallend. Im Juni 2003 waren 49% der Bolivianer der Auffassung, die Demokratie könne auch ohne politische Parteien bestehen (43% vertraten die gegenteilige Ansicht; Zahlen nach einer Umfrage in großen Städten vom 15.6.2003), 43% meinten, man könne auch ohne ein Parlament zurechtkommen. Zunehmend wird daher einem kompletten „Modellwechsel“ das Wort geredet, womit die Abkehr von einem vermeintlich „neoliberalen“ Entwicklungsmodell gemeint ist, zum Teil aber auch das Ende der parlamentarischen Demokratie. So verständlich die zugrundeliegenden Wünsche nach mehr Teilhabe sind, so unscharf und widersprüchlich sind die Gegenentwürfe. Einige sind explizit rückwärts gewandt, so etwa indigenistische Strömungen wie die des Felipe Quispe, in dessen romantisierender, teilweise auch rassistischer Gedankenwelt die „Aymara-Nation“ (die es historisch nie gab) auferstehen soll, oder korporatistische Modelle, die sich teilweise von der früheren Macht des Gewerkschaftsdachverbandes COB (*Central Obrera Boliviana*) inspirieren lassen, und in die autoritäre Führerpersönlichkeiten gut hineinpassen. Man bedient sich mal beim Gedankengut der Räterepublik, mal bei dem des Staatskapitalismus. Daneben bestehen basisdemokratische Strömungen, die vielfach auf eine (noch) stärkere Munizipalisierung setzen. Regionalistische Tendenzen sind fest etabliert und werden im gleichen Maße wach-

sen wie die nationale Regierung versagt. Sie sind unterschiedlich stark auf Autonomie oder Sezession geografisch oder ethnisch „anderer“ Landesteile ausgerichtet. Eine Umfrage im Juni 2003 ergab, dass 60% der Bolivianer eine starke regionale Autonomie und 67% einen eigenen regionalen Haushalt befürworten. Zugleich ist jedoch das Vertrauen in die politischen Bewegungen, die derzeit Dezentralisierung befürworten, gering. 40% gaben an, kein Vertrauen in diese Bewegungen zu besitzen. Dennoch sollte nicht vergessen werden, dass eine Mehrheit (70%) der Bolivianer nach wie vor Dialog und Konsensuche befürwortet und nur wenige (24%) nach einer „*mano dura*“ rufen (Umfrage der Kirche, Juni 2003: Man wünschte sich Sozialpakete vor allem bei den Themen Gasexportpolitik, Wirtschaftskrise, Landverteilung, Demokratie und in Bezug auf eine Verfassungsänderung). Zugleich setzt eine überwältigende Mehrheit nach wie vor auf eine stark staatlich gelenkte Entwicklung. Mehr noch: im Gefolge der Wirtschaftskrise ist der ohnehin starke Etatismus weiter gewachsen. Eine starke Nehmermentalität, die vom Staat die – möglichst kostenlose – Bereitstellung aller Grundgüter erwartet, hat sich weiter gefestigt.

3. „Du hast keine Chance, also nutze sie!“ – zur neuen Regierung Carlos Mesa

Der heute 50 jährige Carlos Mesa, ein angesehenen Historiker und parteiloser politischer Journalist, hatte Ende 2001 die Einladung von Gonzalo Sánchez de Lozada, mit ihm als Vizepräsidentenskandidat in den Wahlkampf zu gehen, angenommen. Er gilt als integrier Mann, der in einer glänzenden Regierungsansprache sogleich die wunden Punkte aufgriff – eben die, die sein Vorgänger bis zuletzt gemieden hatte. Er hat folgendes angekündigt bzw. bereits mit der Umsetzung begonnen:

- ◆ Politisch bindendes Referendum über Zukunft der Gasexporte und Überprüfung der Gesetze im Erdgas- und Erdöl-

sektor (Erhöhung der Steuerlast für große Unternehmen).

- ◆ Einrichtung einer verfassungsgebenden Versammlung, die ebenfalls bereits seit langem von der Opposition gefordert worden war.
- ◆ Besetzung des Kabinetts und wichtiger Ämter mit (mehr oder minder) parteiunabhängigen Personen, darunter auch zwei indigene Minister (Erziehung und eine neues Ministerium für Angelegenheiten der indigenen Bevölkerung). Mesa hat vielfach enge Vertraute ernannt, die als integer gelten.
- ◆ Die Entscheidung über vorzeitige Neuwahlen – die reguläre Amtszeit reicht bis August 2007 – wurde zwar zunächst dem Kongress anheim gestellt, Mesa selbst tendiert mittlerweile jedoch nicht mehr zu vorzeitigen Neuwahlen.
- ◆ Verschärfte Bekämpfung der Korruption (Korruptionsbeauftragte nun im Ministerrang)
- ◆ Versprechen, die Übergriffe des Militärs bei den jüngsten Unruhen gerichtlich aufzugreifen (Mesa: „Kein Vergessen, keine Rache, sondern Gerechtigkeit“).

Das Regierungsprogramm wurde in der ersten Novemberwoche von den einzelnen Ressorts verfeinert. Im Infrastrukturbereich soll beispielsweise vor allem der Straßenbau Vorrang bekommen. Auf einige Forderungen der Opposition, die sich zum Beispiel gegen das Gesetz zur Bürgersicherheit und gegen Freihandelsverhandlungen mit Chile ausgesprochen hatte, soll Rücksicht genommen werden. Die Sicherheitspolitik wird nachrangig behandelt, stattdessen soll der Dialog mit dem gesamten Parlament und mit der Zivilgesellschaft gesucht werden. Die bisherige Linie in der Antidrogenpolitik (Eingrenzung des Kokaanbaus) soll jedoch auf Druck der USA beibehalten werden.

Wird dies ausreichen, um politische und wirtschaftliche Stabilität zurückzugewinnen? Fast scheint es, als könne die neue Regierung Mesa nicht gewinnen. Die Wirtschaftslage ist angespannter denn je, bereits

im Oktober wurde ein Haushaltsdefizit von 8% erreicht – der IWF hatte im April erst nach langem Streit einem Defizit von 6,5% zugestimmt. Überdies hat die Regierung im Parlament keinerlei Hausmacht und kaum Freunde – die bisherige Regierungspartei MNR sieht sich in der Opposition; die (bisherige) Opposition hat Mesa ein „90-Tage-Moratorium“ eingeräumt, ohne sich allerdings daran zu halten. Die Forderungen nach sehr baldigen Neuwahlen und die Drohung mit neuen Protestmärschen liegen somit ständig in der Luft. Vieles spricht dafür, dass sie, sobald sich die Parteien und insbesondere die Opposition wieder gestärkt fühlen, wieder aufkeimen und das Land erneut in Anomie führen. Mesa wird dem nur wenig entgegensetzen können. Drastischer ausgedrückt: In Bolivien läuft nur noch wenig, und was läuft, läuft nur mit Zustimmung des MAS-Caudillos Morales und des MIP-Caudillos Quispe. Und eine verfassungsgebende Versammlung, die 2004 voraussichtlich auch über das Privateigentum an Produktionsmitteln diskutieren wird, wird keine Privatinvestoren anlocken.

Die (spekulative) Frage zu stellen, was im Falle von Neuwahlen geschehen würde, lohnt durchaus. Erstens würden die traditionellen Parteien wohl massiv Stimmen verlieren. Zweitens würde es wahrscheinlich zu einem Lagerwahlkampf kommen. Stärkster Kandidat des nicht-bürgerlichen Lagers ist derzeit unbestritten Evo Morales. Im bürgerlichen Lager dürfte es zu einem Wettstreit zwischen Manfred Reyes Villa (NFR, *Nueva Fuerza Republicana*) und dem in diesen Tagen wieder zeitweise aus den USA zurückgekehrten Vorgänger Sánchez de Lozadas (2001-2002), Jorge „Tuto“ Quiroga kommen. Letzterer will eine neue politische Bewegung bzw. Partei gründen, um seine Wählerbasis zu erweitern. In Umfragen Anfang November lag er mit 20% der Wählergunst noch vor Evo Morales (16%).

Vieles spricht dafür, dass das von Mesa versprochene Referendum zum Gasexport die politischen Ereignisse beschleunigen wird. Mesa hat angekündigt, dass er die Bürger von der Notwendigkeit eines Expor-

tes (es ist unklar, ob über Chile oder nicht) überzeugen wolle, jedoch klargestellt, dass das Ergebnis der Abstimmung für seine Regierung verbindlich sei. Schon jetzt trennt dieses Streitthema das Land jedoch nicht nur politisch (Liberale versus rechte und linke Nationalisten), sondern vor allem regional (Erdgas- oder Erdölregionen im Tiefland versus Nicht-Exporteure = Hochland). Der ursprüngliche Sinn eines Referendums, nämlich die Herstellung eines von allen akzeptierten bzw. für alle akzeptablen Konsenses, könnte daher leicht in sein Gegenteil umschlagen und die Spaltung Boliviens weiter vertiefen.

4. Die Rolle der internationalen Geber – zwischen Allmacht und Ohnmacht

Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in Form von Krediten und Zuschüssen hat für Bolivien, das auf dem freien Markt keine Kredite erhalten würde, eine enorme, wachsende Bedeutung. In diesem Jahr wird der Anteil der EZ mit deutlich über 700 Mio. USD bei 10 bis 12% des BIP liegen. Das Haushaltsdefizit konnte in diesem Jahr nur deswegen begrenzt werden, weil Weltbank, Interamerikanische Entwicklungsbank und vor allem die Andenbank (CAF, *Corporación Andina de Fomento*) Kreditzusagen in Rekordhöhe gemacht haben. Das von der HIPC II-Initiative (*Highly Indebted Poor Countries*) angestrebte Ziel einer nachhaltigen Entschuldung Boliviens ist damit allerdings schon jetzt Makulatur. Das Überleben der Regierung Mesa wird in hohem Maße von der Bereitschaft insbesondere der großen Geber abhängen, frische Mittel zuzusagen, vor allem die mit der bolivianischen Armutsstrategie verknüpften Kredite (Budgethilfen) von IWF (*Poverty Reduction Growth Facility*) und Weltbank (*Poverty Reduction Support Credit* in Höhe von ca. US\$ 40 Mio.).

Auch wenn von der Bereitschaft ausgegangen werden kann, die neue Regierung, die sich zu einer aktiven Bekämpfung der Armut bekannt hat, zu unterstützen, herrschen dennoch Ratlosigkeit und Skepsis bei den Gebern vor. Im Jahr 2003 haben sie ohnmächtig miterleben müssen, wie eine

Regierung, die ähnlich wie alle Vorgängerregierungen weitgehend den „Rezepten“ der Gebergemeinde gefolgt ist, erst unter Druck geriet und dann stürzte. Dies lässt viele und sehr grundsätzliche Fragen aufkommen:

1. War die Unterstützung durch die internationale Gebergemeinschaft ausreichend?
2. Waren die verfolgten Politiken die richtigen, und war ihr Timing richtig?
3. Wurden sie ausreichend in die Gesellschaft hinein vermittelt?

Hier einige Antwortversuche:

Zu 1.): Nein, die hoch gepriesene HIPC-Initiative hat Bolivien keine entscheidenden Entwicklungsimpulse zu geben vermocht. Mittel zur Armutsbekämpfung konnten durch sie nicht im erhofften Umfang freigesetzt werden. Dies liegt daran, dass die Entschuldung letztlich nicht hoch genug ausfiel, sicherlich aber auch daran, dass die Municipien, die zusätzliche Mittel (zur Armutsbekämpfung) vom Zentralstaat erhielten, bislang kaum in der Lage waren, die Gelder vernünftig einzusetzen. Überprüft werden sollte aber auch, ob künftige Entschuldungen nicht besser in mehreren Tranchen genehmigt werden sollten. Der Umstand, dass sie bisher „mit einem Schlag“ genehmigt wurden, hat bei mancher Regierung das Missverständnis eines „warmen Geldregens“ mitverursacht. In Wirklichkeit floss jedoch zu keinem Zeitpunkt frisches Geld in die Kassen. Bolivien sparte lediglich den Teil seines Schuldendienstes ein, zu dem es ohnehin nicht in der Lage gewesen wäre – und auch das nur peu a peu, über einen Zeitraum von 20 Jahren hinweg.

Teilantwort zu 2.): Die Vermittlung von Politiken sollte nicht nur bei Kommunikation und Information ansetzen, sondern auch auf greifbare Ergebnisse abzielen. Die gestürzte Regierung hatte es nicht verstanden, die im Wahlkampf 2002 vollmundig angekündigten Beschäftigungs- und Konjunkturprogramme zum Laufen zu bringen. Ein einfaches Sozial- oder Beschäftigungspro-

gramm hätte ihre Akzeptanz sicherlich erhöht. Es kann, ja muss von den Gebern aber auch kritisch hinterfragt werden, inwieweit die vorangegangenen Zentralregierungen oder auch Municipien wirklich an echter Armutsbekämpfung interessiert bzw. in der Lage waren, sie in die Tat umzusetzen. Möglicherweise hat man sich zu leicht von Zahlen (hohe Ausgaben für Soziales) und Maßnahmen zur Erhöhung der Haushaltstransparenz, wie sie vor allem von der Weltbank nachgehalten werden, überzeugen lassen. Man täuscht sich daher, wenn man – wie im Fall Bolivien – allzu massiv in Budgethilfe einsteigt. Denn diese Maßnahmen sind für eine effektive Armutsbekämpfung notwendig, aber bei weitem nicht hinreichend. Sie können die direkte Stärkung von Institutionen und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, so schwierig und langwierig sie jeweils auch sein mögen, nicht ersetzen.

Zu 3.): Nein, die angewandten Politiken wurden nicht nur von dieser Regierung, sondern auch von ihren Vorgängern nicht genügend in die Gesellschaft hinein vermittelt. Zu viele Menschen in Bolivien machen sich daher heute Illusionen vor allem in Bezug auf den wirtschaftlichen Handlungsspielraum ihres Landes und ihrer Regierung. Sie werden zwangsläufig enttäuscht.

5. Schlussbemerkungen

Das rasante Reformtempo der 90er Jahre scheint Bolivien finanziell wie politisch überfordert zu haben. Sánchez de Lozada war ein wichtiger, aber entgegen eigener Behauptungen keineswegs der einzige Garant dieser Reformpolitik. Der bisher vorhandene Grundkonsens über die Richtung der bolivianischen Entwicklung scheint indes mehr und mehr verloren gegangen zu sein. Dies lässt vermuten, dass Bolivien tiefgreifende politische und soziale Umbrüche überhaupt erst noch bevorstehen und dass sie von Populismus und harten – auch gewalttätigen – sozialen, ethnischen und politischen Konflikten geprägt sein werden.

Die neue (Übergangs-) Regierung und die Gebergemeinschaft müssen dennoch

versuchen, die geringen Spielräume auszuschöpfen. Sie sollten sich deswegen weniger als bisher auf die weit (Jahr 2015) entfernten *Millenium Development Goals* konzentrieren – für die Bolivien sinnigerweise noch im Mai dieses Jahres „Pilotland“ des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) geworden ist – sondern mehr auf Krisenmanagement, Vermittlung, Konsensbildung und kurzfristig sichtbare Politikergebnisse setzen. Ziel sollten die

Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Armen und der sichtbare Solidarausgleich zwischen Arm und Reich sein. Möglicherweise würde damit die Umkehrung des in den vergangenen Jahren allerorten auf die Agenda gesetzten Schlagwortes eines *pro poor growth* eingeläutet. Es ginge nicht mehr um „Wachstum für die Armen“, sondern um „Umverteilung mit Wachstum“.

Autorennotiz:

Dr. Wolfram Klein ist Referent im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn. Zuvor war er drei Jahre lang Referent für Entwicklungszusammenarbeit an der Botschaft La Paz.
E-Mail: wolframklein@yahoo.com

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte und Bert Hoffmann; Textverarbeitung: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>

Institut für Iberoamerika-Kunde

LATEINAMERIKA ANALYSEN

ISSN 1619-1684

Heft 6, Oktober 2003

Themenschwerpunkt:

Der andere 11. September.

30 Jahre nach dem Militärputsch gegen Salvador Allende.

Weitere Aufsätze:

- K. Hujo: Kapitalverkehrskontrollen als entwicklungspolitisches Instrument
M. Krause: Staatliche Schulungskurse für indigene Hebammen in Oaxaca/Mexiko

Jahresabonnement: € 29,70, Einzelheft € 13,30;
Vorzugspreise für Studierende: Jahresabonnement € 23,00, Einzelheft € 10,00
(Preise jeweils zzgl. Versandkosten).

Nähere Informationen, Abstracts aller Artikel und ausgewählte Volltexte im Internet:
<http://www.duei.de/iik/lateinamerika-analysen/>